

Dr. Ronny Heidenreich

Der Hitler-Stalin-Pakt in der Erinnerungslandschaft Ostmitteleuropas

Das 20. Jahrhundert ist an politischen Tragödien in der östlichen Mitte des Kontinents zweifelsohne nicht arm. Zwei Weltkriege und die Herrschaft ebenso vieler totalitärer Regime verwüsteten den Landstrich zwischen Baltikum und Schwarzem Meer mehrfach.¹ Insbesondere der sich in Etappen zwischen 1939 und 1944 vollziehende deutsche Vernichtungskrieg im Osten und der ihn begleitende Holocaust bleibt nicht nur ein singuläres Verbrechen. Ohne ihn hätte es die jahrzehntelange Herrschaft der nachfolgenden kommunistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa und dem Baltikum kaum gegeben.

Der Umstand, dass der Export der Weltrevolution nach sowjetischem Vorbild mit einem Pakt mit dem nationalsozialistischen Deutschland seinen Anfang nahm, war und bleibt ein Stachel im Fleisch all jener, die ein „sauberes Bild“ des späteren und zweifelsfrei opferreichen Feldzuges der Sowjetunion gegen den Faschismus zeichnen. Die geheimen Absprachen zum „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939 blieben bis zum Zerfall des sowjetischen Imperiums 1990/91 ein offiziell mehr oder weniger gut gehütetes Geheimnis. Denn nichts weniger als die Legitimität des sowjetischen Imperiums, das 1939/40 de facto seine bis 1991 bestehenden Grenzen festlegte, gründete auf einer Übereinkunft mit dem einstigen und späteren Feind, dessen Niederlage 1945 – genauer dessen maßgeblich von sowjetischen Truppen getragene Niederwerfung – zum konstitutiven Erinnerungsmoment des sowjetischen Imperiums avancierte, das mancherorts noch bis heute fortwirkt. Umgekehrt gab es in Deutschland ebenfalls kaum Interesse, den Pakt mit der Sowjetunion in Denkmälern zu verewigen. Zeitgenössisch verschaffte das Abkommen der nationalsozialistischen Führung mit dem vormals kommunistischen Feind nur eine

¹ Dem Text liegt ein Vortrag zugrunde, der 2009 in der Bundesstiftung Aufarbeitung gehalten wurde. Ich danke Lena Ens und Ruth Gleinig für kritische Durchsicht und Anmerkungen.

Atempause, um kaum zwei Jahre später den Verbündeten zu überfallen und einen historisch beispiellosen Vernichtungsfeldzug zu entfesseln.

Nach Kriegsende überdeckten bei der Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges die Gräueltaten der deutschen Okkupation die Erfahrung der sowjetischen Besatzungsherrschaft der Jahre 1939/40. Dazu trug auch der starre Antikommunismus des Westens insofern bei, als eine Thematisierung der einstigen deutschen Kollaboration mit der Sowjetunion wenigstens in der ersten Phase des Kalten Krieges wenig opportun erschien.

1. Dechiffrieren

Auch wenn sich der Hitler-Stalin-Pakt also selbst wenig für eine Memorialisierung eignete, so prägen und prägten seine Folgen Teile der Erinnerungslandschaft im Osten Europas. Dabei gilt es, Denkmäler und Erinnerungszeichen zu dechiffrieren und in ihren historischen Kontext zu setzen. So vielschichtig die Bedeutung des Vertrages ist, so vielfältig sind auch die Aspekte der mit ihm verknüpften Erinnerung. Sie reichen von – bis heute zumindest teilweise positiv besetzten – Wiedervereinigungen in Belarus und der Ukraine oder gar Staatsgründungen wie der moldawischen Sowjetrepublik, aus welcher 1991 die Republik Moldau hervorging. Dem gegenüber steht der Verlust nationaler Eigenständigkeit in den baltischen Staaten und Polen. In Finnland, das infolge des Hitler-Stalin-Paktes in einen ungleichen Krieg mit dem großen Nachbarn gezwungen wurde, sind die Monate des Winterkrieges 1939/40 im kollektiven Gedächtnis verankert. Die gemeinsam geteilte Erfahrung von Terror, Verfolgung, Deportation und Massenmord infolge der ersten Sowjetisierung 1939/40 eint hingegen die Erinnerungslandschaft von Lappland bis an das Schwarze Meer. Die Verbrechen von Katyn, auf die im Folgenden ebenfalls näher eingegangen wird, sind zum weltweit bekanntesten Symbol für die sowjetische Aggression geworden, die ohne den Hitler-Stalin-Pakt undenkbar gewesen wäre. Diesen Themensetzungen in Denkmälern nachzugehen, sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

2. Воссоединение – ўз'яднанне – возз'єднання: Wiedervereinigung

Entsprechend den geheim gehaltenen Vereinbarungen des Hitler-Stalin-Paktes begann die Sowjetunion am 17. September 1939 ohne Kriegserklärung mit der militärischen Besetzung des damaligen Ostpolens. Binnen weniger Tage waren die nun von zwei Seiten angegriffenen polnischen Streitkräfte besiegt und das Land zwischen Deutschland und der Sowjetunion aufgeteilt. Die Kremlführung setzte seinerzeit alles daran, das militärische Eingreifen nicht als Feldzug darzustellen. Es ging offiziell nicht um die Zerschlagung des polnischen Staates, sondern um die Befreiung westukrainischer und westbelarussischer Gebiete, die sich nun mit ihren Schwestersowjetrepubliken vereinigten.

Dieses Wiedervereinigungsnarrativ wurde zeitgenössisch in einer breiten Propagandakampagne herausgestellt und die ethnisch-nationale Komponente der Okkupation unterstrichen. Selbst die Installierung des Sowjetsystems hatte hinter die Losung "nationaler Wiedervereinigungen" zurückzutreten. Die bislang ethnischen Minderheiten der Ukrainer und Belarussen wurden über Nacht zur Titularnation neuer Sowjetrepubliken erklärt, die sich mit ihren „Brüdern“ und „Schwestern“ im Osten zu vereinigen hatten. Im Gegensatz zur rassistischen Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands bemühte sich die Kremlführung allerdings zugleich um die Einbindung der übrigen ethnischen und religiösen Gemeinschaften in den eroberten Gebieten, was ein offiziell auf Gleichberechtigung abzielendes Nationalitätenrecht sicherstellen sollte.

Dieser Anspruch wurde durch die sowjetische Terrorpolitik gegen polnische und auch jüdische Bevölkerungsteile im Alltag konterkariert. Gleichwohl fand sich die offizielle Propaganda in einigen prominenten Denkmalsinitiativen wieder, die zwischen 1939 und 1941 in den eroberten Gebieten umgesetzt wurden.

Bereits vor dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen wurde in Moskau die Gestaltung eines Denkmals in Auftrag gegeben, das im Oktober 1939 (also wenige Wochen nach der Besetzung) im Zentrum des ehemals polnischen Lwów und nun

sowjetukrainischen Lwiw eingeweiht wurde. Gewidmet war es der stalinistischen Verfassung von 1936. Die Formensprache des Denkmals griff die offizielle Propaganda von "Vereinigung" und "Gleichberechtigung aller Nationalitäten" auf. Auf dem fünfeckigen Sockel standen knapp vier Meter hohe Steinplastiken eines Rotarmisten, eines Arbeiters, einer Mutter mit Tochter, einer Studentin und einer alten Frau – in ukrainischer Tracht. Inschriften in Ukrainisch, Polnisch und Jiddisch zitieren aus jenen Passagen der Stalinschen Verfassung, in welcher die "Freundschaft der Völker" betont wird. Gekrönt wurde das etwa fünfzehn Meter hohe Denkmal von einem Fahnenmeer roter Standarten – symbolisch für die brüderliche Vereinigung der Nationalitäten unter dem Banner der Sowjetunion. Der Bau wurde am Tag des deutschen Einmarsches in Lwiw am 30. Juni 1941 gesprengt.

Ein zweites Denkmalsprojekt, welches das Wiedervereinigungsmotiv aufgriff, wurde im Pavillon der Belarussischen Sowjetrepublik auf der Landwirtschaftlichen Allunionsausstellung im November 1939 in Moskau gezeigt. Der aus Minsk stammende belarussische Bildhauer Andrej Bembel, der sich als Architekt stalinscher Prachtbauten in den 1920er und 30er Jahren einen Namen gemacht hatte, schuf ein Marmorrelief "Die Vereinigung mit Westbelarus zu einem einigen Sowjetischen Belarus". Die Skulptur, von der sich leider kein Bild finden ließ, zeigte nach zeitgenössischen Beschreibungen eine Gruppe von mehreren Menschen in belarussischen Trachten, die sich brüderlich in den Armen liegen. Das Relief sollte nach Ende der Moskauer Ausstellung in Minsk aufgestellt werden, wozu es jedoch nicht mehr kam. Es verschwand im Depot des historischen Museums der belarussischen Hauptstadt, wo es sich nach Zeitungsberichten noch heute befinden soll.

Ein weiteres und wahrscheinlich größtes Denkmalsprojekt sollte 1940 im polnischen Bialystok umgesetzt werden. Die Stadt gehörte als Belastok zwischen 1939 und 1941 zur Belarussischen Sowjetrepublik und fungierte vorübergehend offiziell als Hauptstadt der westbelarussischen Gebiete. Hier fand im November 1939 eine inszenierte Volksversammlung statt, deren Deputierte für den Anschluss von

Westbelarus an die Belarussische SSR votierten. Aus Anlass dieses Ereignisses war der russische Bildhauer Nikolaj Tomskij von den Delegierten beauftragt worden, ein Wiedervereinigungsdenkmal zu gestalten. Der Bau wurde allerdings nie realisiert.

Mit der Befreiung der ehemals ostpolnischen Gebiete von deutscher Besatzung im Sommer 1944 kehrten die sowjetischen Truppen zurück. Was nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion wie eine vorübergehende Episode anmutete, wurde nun zur Gewissheit. Die 1939 festgelegte polnische Ostgrenze blieb bestehen; die westbelarussischen und westukrainischen Gebiete fielen endgültig an die Sowjetunion. Im Gegensatz zur ersten Okkupation begann nun ein groß angelegter Bevölkerungsaustausch, der vor allem die Vertreibung der polnisch stämmigen Einwohner zum Ziel hatte. Die Schrecken des deutschen Vernichtungsfeldzuges und der Sieg der Roten Armee überlagerten die Erfahrung der ersten sowjetischen Okkupation. Selbst Rekurse auf die 1939/40 erfolgte Wiedervereinigung waren im Denkmalskanon nunmehr selten.

Das Befreiungsnarrativ war angesichts des bis Anfang der 1950er Jahre signifikanten antisowjetischen Widerstandes und damit einhergehender Terrormaßnahmen der sowjetischen Besatzer gegen die Bevölkerung brüchig. Der beginnende Bau in ihrer Formensprache martialischer Siegesdenkmäler konnte für die Zeitgenossen eine doppelte Botschaft haben: Es ging nicht nur um die Erinnerung an die militärische Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschland. Die Denkmäler konnten zugleich als Ausdruck der gewaltsamen Besitzergreifung der befreiten Territorien verstanden werden.

Eine Ausnahme und Beleg für das sich wandelnde Geschichtsbild ist ein Denkmalprojekt in Lwiw. Hier wurde 1949 aus Anlass des 10. Jahrestages der sowjetischen Okkupation der Westukraine der Grundstein für ein Denkmal gelegt, das an dieses Ereignis erinnern sollte. Der geplante Standort befand sich auf dem Gelände des alten jüdischen Friedhofs, nördlich der Altstadt. Realisiert wurde der Bau allerdings nicht.

Eine Rolle dürften die eingangs erwähnten besonderen Umstände der Wiedervereinigung gespielt haben. In der Ukraine wurde das Jahr 1939 geschichtspolitisch durch ein anderes Ereignis überlagert. Nach Kriegsende sollte der 1654 geschlossene Vertrag von Perejaslawl als neuer Begründungszusammenhang die Vereinigung aller ukrainischen Länder legitimieren. Die seinerzeitige Unterstellung von Teilen der ukrainischen Kosaken Bohdan Chmelnyckyjs unter den Schutz Moskaus galt in der sowjetischen Propaganda fortan als eigentliches Vereinigungsdatum. Es bot den Vorteil, die enge Verbundenheit nicht nur der Westukraine, sondern aller ukrainischen Gebiete mit Russland herauszustellen. Die erwähnte Denkmalsinitiative in Lwiw von 1949 wurde in Vorbereitung der Feierlichkeiten zum Jahrestag des Vertrages von Perejaslawl gestoppt und der Platz 1954 in "Platz des 300. Jahrestages der Vereinigung" umbenannt. Der Grundstein selbst blieb unangetastet und wurde nach 1990 abgetragen. Solche Umschreibungen waren symptomatisch: die erste sowjetische Okkupation verschwand aus der Erinnerungslandschaft.

Allerdings nicht völlig. Mitte der 1960er Jahre begann in der Sowjetunion der Bau von Denkmälern für den Großen Vaterländischen Krieg im großen Stil. In seinem Schatten kehrte vereinzelt auch die erste sowjetische Okkupation in den Denkmalskanon zurück. Allerdings blieben solche Projekte schon hinsichtlich Größe und Zahl hinter den Bauten für die Jahre 1941–1944 zurück. Zumeist handelte es sich um kleine Gedenksteine oder Tafeln. Diese Gedenkzeichen bezogen sich allerdings kaum mehr auf die 1939/40 ausgegebenen Schlagworte von „Wiedervereinigung der Brudervölker“. Zumeist wurden nun sowjetischer Besatzungssoldaten oder Angehöriger lokaler Roter Garden bzw. Funktionäre der Kommunistischen Partei erinnert, die 1939/40 auf Seiten der neuen Machthaber gestanden hatten.

Stellvertretend sei hier auf einen 1968 eingeweihten Gedenkstein für den Politikommissar der Roten Armee, Grigorij Gornowych (belarussisch: Ryhor Harnawych) verwiesen, der am 22. September 1939 bei den Kämpfen um das

westbelarussische Hrodna (Grodno) getötet wurde und bis heute Ehrenbürger der Stadt ist. Das Denkmal befindet sich am Ausgang zum Burgberg von Hrodna.

Die sowjetischen Angreifer wurde Anfang der 1960er Jahre mit einem Obelisk geehrt, der bis heute den „Kämpfern für die Vereinigung des belarussischen Volkes in einem sowjetischen Staat“ dankt.

Die meisten dieser Denkmäler verschwanden nach dem Ende der Sowjetunion aus dem öffentlichen Raum. Aus den ehemaligen Sowjetrepubliken Belarus und Ukraine wurden unabhängige Staaten, in denen die Erinnerung an die Gebietserweiterungen infolge des Hitler-Stalin-Paktes zwar präsent blieb, aber abgesehen von Belarus eine grundlegende Umwertung erfuhren. In den Vordergrund rückten die Verbrechen während der ersten sowjetischen Okkupation, die nun in Denkmälern verewigt wurden. Die nationale Komponente der Gebietserweiterung, die nun eine nationalstaatliche Bedeutung gewann, wird jedoch nach wie vor affirmativ erinnert.

Zumindest in der Westukraine spielte allerdings die positive Erfahrung der Jahre 1939/40 im seit 1991 errichteten Denkmalskanon kaum eine Rolle. Anders in Belarus, wo sich das offizielle Geschichtsbild gegenwärtig stärker denn je an die sowjetische Interpretation anlehnt. Noch heute gibt es in Belarus mindestens 15 Straßen des „17. September“, die an den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ostpolen erinnern, wohingegen solche aus der Zeit vor 1991 stammenden Bezeichnungen in der Ukraine fast vollständig getilgt wurden. Die in Belarus ungebrochene Tradition einer uneingeschränkt positiven Bezugnahme auf das Jahr 1939 setzte sich nach 1991 fort. Seit dem 7. Juni 2021 ist der 17. September sogar als „Tag der nationalen Einheit“ ein offizieller Feiertag in Belarus.

3. Okkupation

Bedeutete der Hitler-Stalin-Pakt für die Ukraine und Belarus die Erweiterung des Staatsterritoriums, so markierte das Abkommen für die baltischen Staaten für die nächsten knapp 50 Jahre das Ende der Eigenstaatlichkeit. Der 1940 als Folge des Hitler-Stalin-Paktes erzwungene Beitritt zur Sowjetunion stieß in der Bevölkerung

auf breite Ablehnung. Das demonstrative Festhalten der neuen Machthaber an Denkmälern, die an die nationale Eigenständigkeit erinnern, unterstrich hingegen trotz dem Machtanspruch bis zum Ende der Sowjetunion.

Die Umdeutung der 1935 an der Stelle eines Reiterstandbildes des russischen Zaren Peter des Großen errichtete Freiheitsdenkmals im Zentrum der lettischen Hauptstadt Riga soll stellvertretend für diese Entwicklung stehen. Der Bau entstand in der Zwischenkriegszeit und verkörperte die nationale Souveränität der jungen Republik. Aufgrund seiner herausragenden Bedeutung wurde er von der sowjetischen Verwaltung nicht demontiert, auch wenn es mehrere Versuche gegeben hat. Die offizielle Umdeutung gelang nur zum Teil: die drei Sterne des Freiheitsdenkmals, eigentlich stellvertretend für die drei lettischen Provinzen, sollten nun die Einheit der baltischen Sowjetrepubliken symbolisieren. Die Frauengestalt stellte nun nicht mehr die Freiheitsgöttin dar, sondern die Mutter Russland als Beschützerin der baltischen Republiken.

Um den Herrschaftsanspruch zu manifestieren, wurde dem Freiheitsdenkmal in rund 300 Metern Entfernung ein monumentales Lenindenkmal gegenübergestellt. Es wurde während des Putsches im August 1991 spontan von Demonstranten demontiert. Wenige Wochen später erhielt Lettland seine Unabhängigkeit zurück.

Letztlich blieb die Freiheitstatue ein Symbol des Freiheitswillens der baltischen Staaten: Ende der 1980er Jahre war das Rigaer Freiheitsdenkmal Versammlungsort der entstehenden Unabhängigkeitsbewegung.

Gegenläufige sowjetische Denkmalsinitiativen, welche die 1940 erfolgte Angliederung positiv darzustellen versuchten, hat es nach meinem Erkenntnisstand in nennenswertem Umfang im Baltikum nicht gegeben. Die Legitimierung sowjetischer Herrschaftsansprüche auf diese Gebiete erfüllten auch hier wieder vor allem Denkmäler zur Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg, in dessen Folge die baltischen Republiken für Jahrzehnte Bestandteil der Sowjetunion wurden. Ein wenig anders verhielt es sich mit einem mythologischen Remus-Standbild im moldawischen Chişinău. Die Plastik wurde 1923 von den rumänischen Behörden als

Zeichen der Einigkeit des historischen Bessarabiens und Rumäniens vor dem Sfatul Țării-Palast aufgestellt, in dessen Räumen 1917 die Unabhängigkeit der kurzlebigen Moldawischen Volksrepublik von Russland und der Anschluss an Rumänien proklamiert wurde.

Als Zeichen des „rumänischen Imperialismus“ wurde die Plastik von sowjetischen Besatzern unmittelbar nach dem Einmarsch in Chișinău 1940 zur Demontage freigegeben. Nicht mehr der Bezug nach Rumänien, sondern die Vereinigung der vormals rumänischen Provinz mit der Autonomen moldawischen Sowjetrepublik und ihre Erhebung zu einer eigenständigen Sowjetrepublik sollten das Selbstverständnis des neu geschaffenen Staatsgebildes prägen. Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion und dem Einmarsch rumänischer Truppen wurde eine Kopie der Plastik 1942 erneut aufgestellt und 1944 bei der Befreiung Chișinăus demontiert. Ende 1990 kehrte die inzwischen dritte Kopie nach Chișinău zurück und wurde am 1. Dezember 1990 vor dem Nationalmuseum eingeweiht. Acht Monate später erklärte die vormalige Moldawische SSR ihre Unabhängigkeit.

4. Winterkrieg – die finnische Erfahrung

In Finnland ist der Hitler-Stalin-Pakt bis heute untrennbar mit dem Winterkrieg verbunden. Mit Rückendeckung des Nichtangriffpaktversuches versuchte die Kremlführung das kleine skandinavische Land gewaltsam in die Sowjetunion einzugliedern. Der Feldzug scheiterte am Widerstand der finnischen Armee. Der Abwehrkampf hatte auch innenpolitisch große Bedeutung, beendete er doch die Spaltung der finnischen Gesellschaft in sowjet- bzw. russlandfreundliche und nationalfinnische Lager, die seit der Unabhängigkeitserklärung 1917 und dem nachfolgenden Bürgerkrieg die Zwischenkriegszeit geprägt hatten. Doch auch am finnischen Beispiel werden die Ereignisse 1939/40 erinnerungspolitisch vom Krieg gegen die Sowjetunion überlagert, an dem sich Finnland im so genannten Fortsetzungskrieg 1941–1944 beteiligte. In seinem Schatten begann die Memorialisierung des Winterkrieges unmittelbar nach Kriegsende 1945.

Vor allem an den Schauplätzen kriegerischen Auseinandersetzungen wurde vorrangig an militärische Erfolge der finnischen Streitkräfte erinnert. Dieses Narrativ wurde erst in den 1980er Jahren, vor allem aber nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufgebrochen und von einem Gedenken an die Opfer des Winterkrieges abgelöst. Nunmehr war es möglich, der Toten des Feldzuges auf beiden Seiten öffentlich zu gedenken und damit auch eine Versöhnungsdebatte anzustoßen.

Beispiel für diese Akzentverschiebung war die Einweihung einer gemeinsamen finnisch-russischen Gedenkstätte im karelischen Suomussalmi 2003. Auf einem etwa 40.000 Quadratmeter großen Gelände wurden zur Erinnerung an die Toten auf beiden Seiten 20.000 Feldsteine aus karelischen Granit aufgestellt. In der Mitte der Gedenkstätte erhebt sich ein zentrales Denkmal in Form einer in alle Himmelsrichtungen strebenden Holzkonstruktion, in deren Mitte kleine Glocken zur Erinnerung an die Toten läuten. Ergänzt wurde die Gedenkstätte um eine Dauerausstellung, die sich mit der Geschichte des Winterkrieges aus finnischer und russischer Perspektive auseinandersetzt.

5. Opferdebatten

Die am Beispiel Finnlands skizzierte Tendenz hin zu einem Opfergedenken lässt sich mit Blick auf den Hitler-Stalin-Pakt auch in den anderen Staaten zeigen. Die gemeinsame Erfahrung von Terror, Deportation und Massenmord infolge der Sowjetisierung 1939/41 reicht von Lappland bis zum Schwarzen Meer. In den Denkmalssetzungen sind jedoch regional und national Unterschiede bzw. verschiedene Schwerpunktsetzungen festzustellen.

a. Deportationen

In den baltischen Staaten stehen die Deportationswellen 1940/41 im Vordergrund. Die Verschleppung zehntausender Menschen aus den kleinen Republiken ist bis heute ein Trauma. In allen drei Staaten finden sich entsprechend prominente Denkmäler, die an diese Ereignisse erinnern. Die Forderung nach Aufarbeitung und

Anerkennung der Opfer der Deportationen war in den 1980er Jahren ein zentrales Anliegen der Unabhängigkeitsbewegung.

Folgerichtig entstanden die Denkmalssetzungen meist kurze Zeit nach der Unabhängigkeitserklärung der Republiken 1990/1991 und wurden in folgenden Jahrzehnten zu größeren Gedenkstätten ausgebaut.

Massenverschleppungen in die Lager des Gulags und Verbannungsgebiete gab es aber auch in allen anderen Okkupationsgebieten. Auch hier entstanden in den letzten zwanzig Jahren einschlägige Denkmäler, auch wenn sie nicht die Prominenz wie in den baltischen Republiken erlangten.

b. NKWD-Gefängnisse

In der Westukraine dominierten in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1991 andere Bezüge. Dort rückten vor allem die ehemaligen Haftstätten der sowjetischen Geheimpolizei NKWD in den Fokus, vor allem die während des Rückzuges der sowjetischen Truppen im Sommer 1941 begangenen Massaker an den Insassen. Aus historischer Perspektive sind die Ereignisse höchst vielschichtig und deshalb erinnerungspolitisch problematisch. Die Verbrechen des NKWD wurden von der deutschen Propaganda ausgeschlachtet und bereiteten beispielsweise in Lwiw den Boden für Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung. Der Übergang von einem totalitären System in ein anderes war hier besonders eng verwoben. Umso mehr, als sich die deutschen Besatzer antisemitischer Ressentiments in der einheimischen Bevölkerung bedienen konnten, um die Vernichtung jüdischen Lebens in den westukrainischen Gebieten voranzutreiben. Die Grenzen zwischen deutscher Gräuelpopaganda, historischer Aufarbeitung, verwurzelttem Antisemitismus und ethnische Spannungen zwischen der ukrainischen und polnischen Bevölkerung, verwoben sich bei diesen Denkmalsinitiativen zu einer erinnerungspolitisch kontroversen Gemengelage.

c. Katyn

Das wohl bekannteste sowjetische Verbrechen, das in Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt verübt wurde, ist der systematische Mord an polnischen Militärs und Zivilisten, für den symbolisch der Ort Katyn steht. Die in Volkspolen stets inoffiziell wach gehaltene Erinnerung an die Verbrechen von Katyn hinterließ bis heute hunderte Denkmalsinitiativen auf der ganzen Welt.

Ende der 1980er Jahre konnte die damalige sowjetische Führung das jahrzehntelange Leugnen nicht länger aufrechterhalten. Die historische, politische und gesellschaftliche Aufarbeitung stieß in den ersten beiden Jahrzehnten einen zaghaften Aussöhnungsprozess an, dessen sichtbarer Ausdruck die Markierung der Tatorte der Massenmorde im Wald von Katyn, bei Mednoje (Twer) und im heute ukrainischen Charkiw war.

An allen drei Orten wurden im Jahr 2000 aus Anlass des 60. Jahrestages des Massakers Gedenkstätten eingeweiht. Planung und Umsetzung waren gemeinsamen polnisch-russischen bzw. polnisch-ukrainischen Initiativen zu verdanken. Bei der Gestaltung wurde eine weitgehend einheitliche und religiös aufgeladene Formensprache gewählt. Zentraler Bestandteil ist eine Gedenkwand, in deren Mitte ein vierendiges lateinisches Kreuz eingelassen ist. Davor befindet sich ein kleiner Altar, an dem Gedenkgottesdienste abgehalten werden.

Die Memorialisierung der Katyn Verbrechen ist bei weitem nicht auf diese Orte beschränkt. Allein die Anzahl von Katyn-Denkmalern ist beeindruckend. Etwa 480 Gedenkzeichen wurden bis heute weltweit zur Erinnerung an diese Verbrechen errichtet. Katyn dürfte vor diesem Hintergrund das wohl am meisten in Denkmälern erinnerte kommunistische Verbrechen sein. Dabei war das öffentliche Gedenken an die Opfer in Polen und Osteuropa bis zum Ende des Kommunismus nahezu unmöglich. Die Erinnerung wurde während des Kalten Krieges deshalb vor allem in der polnischen Diaspora gepflegt. Hier entstanden bereits Anfang der 1960er Jahre erste Gedenkzeichen.

Das allererste geht auf eine Vereinigung ehemaliger Soldaten der polnischen Exilregierung in London zurück und befindet in der englischen Stadt Manchester. Hier wurde 1964 in der St. Paul Church eine symbolische Urne in einen kleinen Altar integriert, der den Opfern von Katyn gewidmet ist. In den kommenden Jahren, vor allem nach den ersten publizistischen Veröffentlichungen über die Katyn-Verbrechen Ende der 1960er, folgten dutzende weitere Initiativen.

Zunächst noch relativ bescheiden und vor allem von der polnischen Diaspora getragen, nahm das Katyn-Gedenken in Nordamerika einen auch in der Öffentlichkeit immer prominenter werdenden Platz ein. Seit dem 40. Jahrestag der Massaker 1980 werden in den USA und Kanada große Denkmäler eingeweiht, die das Straßenbild prägten.

Etwa zeitgleich begannen in Volkspolen erste Versuche, die bislang verschwiegenen bzw. in der offiziellen Darstellung den deutschen Besatzern zugeschriebenen Verbrechen in Form von Denkmälern zu verewigen. Eine der ersten Initiativen war die Aufstellung von Gedenkkreuzen auf dem bekannten Warschauer Powazki Friedhof im August 1981. Vor dem Hintergrund der Solidarnosc-Bewegung schien eine begrenzte Debatte über die Verbrechen von Katyn möglich.

Wie die Niederschlagung der Bürgerrechtsbewegung 1981 zeigte, war die Zeit für den Bau von Denkmälern aber noch nicht gekommen. Dennoch wurden gerade auf dem Powazki-Friedhof immer wieder neue Kreuze aufgestellt. Die Staatsmacht ließ sie entfernen oder mit Inschriften versehen, welche die Verbrechen den deutschen Besatzern zuschrieben. Erst 1989 wurde nach den ersten freien Wahlen das Katyn-Gedenken in Polen öffentlich. Das heute auf dem Powazki-Friedhof zu sehende Gedenkkreuz war eines der ersten, das am 5. September 1995 eingeweiht werden konnte. Heute hat nahezu jede größere polnische Stadt ein eigenes Denkmal für die Opfer von Katyn.

d. Diaspora-Gedenken

Neben den Katyn-Verbrechen werden die Jahre 1939/41 in den ehemaligen Ostgebieten in Polen heute vor allem mit den Deportationen nach Sibirien in Verbindung gebracht. Da an den historischen Schauplätzen der Bau von Gedenkzeichen mitunter mit anderen Narrativen konkurriert und beispielsweise in Belarus erheblich erschwert ist, wird die Erinnerung an die Verschleppung polnischer Staatsbürger sehr viel stärker auf dem Gebiet des heutigen polnischen Staates gepflegt.

Vor allem in den Gebieten, in denen nach den Umsiedlungen bzw. Vertreibungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges Flüchtlinge aus den ostpolnischen Gebieten eine neue Heimat fanden, sind heute viele Deportationsmahnmale zu finden. Das große im Stadtzentrum von Breslau (Wroclaw) errichtete Mahnmal für die in den Osten Verschleppten mag an dieser Stelle stellvertretend dafür stehen.

Am bekanntesten aber dürfte das 1995 eingeweihte Denkmal für die im Osten Umgekommenen und Verschollenen in der Hauptstadt Warschau sein.

Ein weiterer und vorletzter Aspekt, den ich kurz anreißen möchte, betrifft die Markierung der Grabstellen polnischer Militärs, die im Kampf gegen die Rote Armee fielen bzw. ermordet wurden. Der Umgang mit diesen Grabstätten ist bis heute schwierig. Unmittelbar nach der Kapitulation Polens 1939 wurden die getöteten Soldaten teilweise an Ort und Stelle verscharrt oder am Rande bestehender polnischer Soldatenfriedhöfe aus der Zwischenkriegszeit beigesetzt. Eine besondere Kennzeichnung der Gräber blieb in der Regel aus, wohingegen – wie wir schon am Beispiel Belarus gesehen haben – den sowjetischen Aggressoren Denkmale errichtet wurden. Erst nach der Auflösung der Sowjetunion bemühte sich die polnischen Behörden um Lokalisierung, Markierung bzw. würdige Umgestaltung der Grabstellen. Ähnlich wie bei den Katyn-Verbrechen waren diese Initiativen von Widerständen begleitet.

Ein mit dieser Entwicklung eng in Zusammenhang stehender Prozess betraf die Aufklärung von Kriegsverbrechen der Roten Armee an polnischen Militärs, wie

beispielsweise die Ermordung des polnischen Generals und Kommandanten der polnischen Streitkräfte in Hrodna (Grodno), Jozéf Olszyna-Wilszinski, Ende September 1939 nahe der litauischen Grenze. Die mutmaßliche Grabstelle des polnischen Generals wurde in einen Gedenkort umgestaltet. Diesem Beispiel folgend entstanden kleinere und größere Gedenkzeichen, die an die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes erinnern. Verweisen möchte ich kurz auf die Umgestaltung des ehemaligen polnischen Garnisionsfriedhofes in Grodno. In der Zwischenkriegszeit angelegt, wurden hier Anfang der 1920er Jahre Gefallene aus dem polnisch-sowjetischen Krieg 1919-1921 beigesetzt. Nach 1939 war das Gedenken für Jahrzehnte wegen seiner antisowjetischen Konnotation unerwünscht. Bei den Wiederherstellungsarbeiten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurde von polnischer Seite der Wunsch geäußert, hier auch jenen polnischen Soldaten zu gedenken, die bei Kämpfen gegen die Rote Armee um Hrodna 1939 ums Leben kamen. Der Friedhof erfuhr daraufhin eine Erweiterung und Umwidmung, indem er nun aller Angehörigen der polnischen Streitkräfte gewidmet ist, die zwischen 1918 und 1939 als Militärs der Hrodnaer Garnison ihr Leben ließen.

6. Die Last der Geschichte

Wie der Hitler-Stalin-Pakt 1939/40 das erweiterte sowjetische Imperium begründete, so trugen die Debatten um seine Aufarbeitung zum seinem Zerfall bei. Vor allem in den baltischen Staaten war in den 1980er Jahren die Forderung nach Veröffentlichung der geheimen Zusatzprotokolle eine zentrale Forderung der sich formierenden Unabhängigkeits- und Bürgerrechtsbewegung. Der Jahrestag der Unterzeichnung, der 23. August, war in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Anlass für öffentliche Kundgebungen, um gegen die sowjetische Vorherrschaft zu protestieren. Eine der ersten zwischen Estland, Lettland und Litauen konzertierten – gesamtbalischen - Protestveranstaltungen fand am 23. August 1987 statt. Auf Betreiben estnischer, lettischer und litauischer Untergrundvereinigungen wurden in den drei Hauptstädten der Sowjetrepubliken Kundgebungen organisiert auf denen

die Forderung nach historischer Wahrheit und Gerechtigkeit erhoben wurden und an der sich mehrere tausend Menschen beteiligten. Die Aktivitäten mündeten im „Baltischen Weg“, als sich am 23. August 1989 eine Menschenkette durch alle drei baltische Republiken bildeten. Heute zeugen Gedenkzeichen in Tallinn und vor dem Adam Miczkewicz Denkmal im litauischen Vilnius von diesen Ereignissen.

Es gäbe sicher noch weitere Denkmalsinitiativen und -kontexte, die in Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt zu nennen wären. Meine knappen Ausführungen sollten nur einen Querschnitt sein, der deutlich macht, wie stark das Abkommen die jüngste Geschichte und Erinnerungslandschaft Ostmitteleuropas geprägt hat. Auch wenn der Pakt selbst – wie schon eingangs ausgeführt – sich auf keinen Denkmälern explizit finden lässt, sind seine Folgen im östlichen Teil des Kontinents überall präsent. Und auf diese Weise heute Bestandteil des europäischen Erinnerungskanons.